



Aktueller Begriff

Entwicklung der Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland zeichnete sich viele Jahrzehnte lang im Vergleich zu etlichen anderen westlichen Industriestaaten gerade bei nationalen Abstimmungen durch eine hohe Wahlbeteiligung aus. Seit Mitte der 1980er Jahre ist allerdings in Deutschland ein Trend zur vermehrten Wahlenthaltung – sowohl auf Bundes-, Landes- als auch auf europäischer Ebene – festzustellen. Bei den elf **Bundestagswahlen in der alten Bundesrepublik** betrug die Wahlbeteiligung im Zeitraum von 1949 bis 1987 durchschnittlich rund 87 %. Nach der Bundestagswahl 1949 stieg die Wahlbeteiligung in den 1950er und 1960er Jahren in den Bereich zwischen 85 und 90 %. Der Höhepunkt wurde in den 1970er Jahren erreicht, als die Wahlbeteiligung zweimal die 90 %-Marke (1972: 91,1 %; 1976: 90,7 %) überschritt. In den 1980er Jahren sank die durchschnittliche Wahlbeteiligung dann wieder ab.

Tabelle: Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik bei Bundestagswahlen 1949 - 2009

	Bundestagswahl	Wahlbeteiligung Deutschland	Wahlbeteiligung Früheres Bundesgebiet und Berlin-West	Wahlbeteiligung Neue Länder und Berlin-Ost
1.	14.08.1949	78,5 %		
2.	06.09.1953	86,0 %		
3.	15.09.1957	87,8 %		
4.	17.09.1961	87,7 %		
5.	19.09.1965	86,8 %		
6.	28.09.1969	86,7 %		
7.	19.11.1972	91,1 %		
8.	03.10.1976	90,7 %		
9.	05.10.1980	88,6 %		
10.	06.03.1983	89,1 %		
11.	25.01.1987	84,3 %		
12.	02.12.1990	77,8 %	78,6 %	74,5 %
13.	16.10.1994	79,0 %	80,5 %	72,6 %
14.	27.09.1998	82,2 %	82,8 %	80,0 %
15.	22.09.2002	79,1 %	80,6 %	72,8 %
16.	18.09.2005	77,7 %	78,5 %	74,3 %
17.	27.09.2009	70,8 %	72,3 %	64,8 %

Nr. 80/09 (05. Oktober 2009)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Bei den sechs **gesamtdutschen Bundestagswahlen** seit 1990 betrug die Wahlbeteiligung durchschnittlich fast 78 %, allerdings mit deutlich fallender Tendenz seit dem Urnengang 2002. Nahm die Wahlbeteiligung bei den ersten drei Bundestagswahlen seit der Deutschen Einheit zunächst zu, so sank sie seit den Bundestagswahlen 2002 wieder. Die Wahlbeteiligung von 70,8 % bei der Bundestagswahl 2009 war – laut vorläufigem amtlichen Endergebnis – nicht nur die niedrigste Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen seit 1990, sondern bei Bundestagswahlen überhaupt. In den neuen Ländern war die Wahlbeteiligung bei allen Bundestagswahlen seit 1990 stets geringer als in den alten Ländern.

In Deutschland lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei den **Wahlen zum Europäischen Parlament** immer deutlich niedriger als bei Bundestagswahlen. So betrug sie bei Europawahlen in der alten Bundesrepublik durchschnittlich fast 62%. Bei den vier gesamtdutschen Europawahlen seit 1990 nahm die Wahlbeteiligung beständig ab, mit einer minimalen Aufwärtstendenz bei der Wahl 2009 (1994: 60,0 %; 1999: 45,2 %; 2004: 43,0 %; 2009: 43,3 %). Mit der Europawahl 1999 lag erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik überhaupt die Wahlbeteiligung bei bundesweiten Abstimmungen unter der 50-%-Grenze.

Bei den **Landtagwahlen** in den 1980er Jahren betrug in der alten Bundesrepublik die durchschnittliche Wahlbeteiligung noch 77,5 %. Seit den 1990er Jahren fiel sie unter die 70 %-Marke. Mit einer Wahlbeteiligung von 44,4 % bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im März 2006 war erstmals überhaupt bei Landtagswahlen in der Bundesrepublik die Gruppe der Nichtwähler größer als die der Wähler. Bei den Landtagswahlen seit Mai 2005 lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung unter 60 %.

Die Gruppe der Nichtwähler ist nicht homogen. Sie setzt sich von Wahl zu Wahl unterschiedlich zusammen. Die **Gründe und Motive für Wahlenthaltungen** sind vielschichtig. Von Seiten der Wahlforschung gibt es unterschiedliche Erklärungsansätze für die Nichtbeteiligung an Wahlen. Für die sinkende Wahlbeteiligung werden zum Beispiel der gesellschaftliche Wertewandel und die Veränderung der politischen Kultur in Deutschland verantwortlich gemacht. Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat offenbar auch die Auflösung bisheriger fester Wählermilieus und das Nachlassen der Bindewirkung der politischen Parteien. Die Wahlforschung weist auch darauf hin, dass seit geraumer Zeit die Zahl der Stammwähler kontinuierlich abnimmt, die Identifikation mit Parteien insgesamt nachlässt und Wahlprogramme ihre Bedeutung verlieren. Als weitere mögliche Ursache für die zunehmende Tendenz zu Wahlenthaltungen nennt die Wahlforschung die fortschreitenden Individualisierungsprozesse in der Gesellschaft. Eine weitere Erklärung für die zunehmende Wahlabstinenz wird in einer Politik-, Parteien- und Staatsverdrossenheit in Teilen der Wahlbevölkerung gesehen. Aus ihrer grundsätzlichen Unzufriedenheit mit der politischen, sozialen und ökonomischen Situation, aber auch mit der eigenen persönlichen Lage, wende sich diese Gruppe der Wahlberechtigten vom Prozess des Wählens ab.

Umstritten ist die Frage, ob aus einer dauerhaften Wahlenthaltung größerer Bevölkerungsgruppen langfristig Gefahren für die Demokratie erwachsen könnten oder ob es sich im Vergleich zu anderen Demokratien um einen Normalisierungsprozess handelt. So verweist die Wahlforschung auch auf politisch gut informierte und interessierte Bürger, die in ihrer Wahlenthaltung eine bewusste politische Entscheidung sehen.

Literaturhinweise:

Bundeswahlleiter (2009). Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949 – 2005

http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/ [Stand: 29.09.2009].

Eilfort, Michael (2009). Wahlenthaltung: Ein vielschichtiges Phänomen mit wachsender politischer Bedeutung
http://www.eilfort.de/downloads/nichtwaehler_08_2009.pdf [Stand: 29.09.2009].